

# Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementpreis durch die Post bezogen vierteljährlich 6.00 M. Anzeigenpreis: Die 6 gespalt. Millimeterzelle für Arbeitsgehalte 1.00 M. Geschäfts- u. Privatanzeigen 1.20 M

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelhof 17, Fernruf 3366 und 3367. Schluß der Redaktion: Samstags morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 2

Duisburg, den 14. Januar 1922

23. Jahrgang

## Sind wir gerüstet? Bekanntmachung des Vorstandes

Die letzte Verbandsgeneralversammlung hat den Hauptvorstand und den Verbandsauschuß ermächtigt und beauftragt, eine Neuregelung des Beitrags- und Unterstützungsbesens vorzunehmen, wenn die Umstände dies erfordern.

Die Geldentwertung, die in letzter Zeit in stets steigendem Maße erfolgte, die damit verbundene Teuerung und Anspannung der Verbandsmittel sowie die Unzulänglichkeit der Unterstützungsätze machen eine Neuregelung dringend nötig.

Der Zentralvorstand und Ausschuß des Verbandes haben am 4. Januar 1922 in eingehenden Beratungen mit der Sachlage befaßt und sind zu folgenden einstimmigen Beschlüssen gekommen:

Die seit der 44. Beitragswoche 1921 bestehenden Verbandsbeiträge werden von der 5. Woche dieses Jahres ab wie folgt erhöht:

- in der 1. Beitragsklasse um mindestens 4,— M.,
- in der 2. Beitragsklasse um mindestens 3,— M.,
- in der 3. Beitragsklasse um mindestens 1,50 M.,
- in der 4. Beitragsklasse um mindestens 0,50 M.

Der ab 1. Februar 1922 (5. Beitragswoche) an die Zentralkasse abzuführende Beitrag beträgt:

- in der 1. Beitragsklasse 8,50 M.,
- in der 2. Beitragsklasse 6,50 M.,
- in der 3. Beitragsklasse 3,70 M.,
- in der 4. Beitragsklasse 0,75 M.

Das Unterstützungsbesen wurde wie folgt geregelt:

Die Erwerbslosenunterstützung beträgt pro Woche in der

- 1. Klasse von 27,— bis 51,— M.,
- 2. Klasse von 21,— bis 33,— M.,
- 3. Klasse von 14,— bis 23,— M.,
- 4. Klasse von 6,— bis 6,60 M.

Die Streik- und Maßregelungsunterstützung beträgt:

- Für Ledige: 1. Klasse von 168,— bis 213,— M.,
- 2. Klasse von 132,— bis 162,— M.,
- 3. Klasse von 90,— bis 105,— M.,
- 4. Klasse von 24,— bis 30,— M.

Für Verheiratete: 1. Klasse von 186,— bis 231,— M.,

- 2. Klasse von 150,— bis 180,— M.,
- 3. Klasse von 102,— bis 117,— M.

Für jedes Kind in der 1. und 2. Klasse 12,— M., in der 3. Klasse 6,— M pro Woche.

Die Wanderunterstützung wird von 5,— M auf 10 M pro Tag erhöht.

Die Umzugsunterstützung beträgt nach einjähriger Mitgliedschaft 120,— M, steigend pro Jahr um 40,— M bis 400,— M.

Das Sterbegeld beträgt nach einjähriger Mitgliedschaft 120,— M, steigend jährlich um 40,— M bis 1000,— M.

Vorstand und Verbandsauschuß erwarten, daß diese Beschlüsse einhellig durchgeführt, dem Verbands- und der Mitgliedschaft zum Segen gereichen werden.

Der Vorstand und Ausschuß.

J. B.: Wieber, Vorstandsvorsitzender.

Diese erste Frage der Ueberschrift bedeutet für die Gewerkschaftsorganisationen ein stetes Menetekel und hat den Organisationen schon mehr als einmal die größten Kopfzerbrechen gemacht.

Nicht mit leeren Phrasen kann sie beantwortet werden, sondern nur mit der zielbewußten und energischen Forderung nach vorwärts. Aus dem Grunde beschließen denn auch Hauptvorstand und Ausschuß in Verfolg des Auftrages der Essener Generalversammlung einstimmig, eine den veränderten Zeitverhältnissen angepaßte Beitrags- und Unterstützungsreform. Welches waren die Gründe dafür?

Das gewerkschaftliche Leben nach dem Krieg steht vor ganz anderen Aufgaben, als vor demselben. Das Unternehmertum steht vor einer Machtprobe, die es selbst vor dem Kriege in dem jetzigen Umfange nicht sein eigen nannte. Die Konzentrationen, der Weg zum Trust, schafften Riesengebilde von Werken, deren Werte in die Milliarden hineingehen und die in Kartellen und Syndikaten zusammengeschweißt, Kapitalkräfte allergrößten Maßstabes darstellen. Im Jahre 1920-21 besaßen allein 13 größere Hüttenwerke (ohne den Stinnes- und Thyssen-Industrien) über 1 Milliarde Mark Aktienkapital und hatten

einen Reingewinn im gleichen Jahre von 485 Millionen Mark. Nehmen wir den Stinnes-, Alschner- und Thyssenkongern dazu, so dürfte ein Aktienkapital von 15—16 Milliarden nicht zu hoch gegriffen sein.

Glaubt vielleicht jemand im Ernst, diese Kapitalkräfte könne man mit Phrasen und blutrünstigen Schlagworten bange machen?

Wie steht die Situation? Jeder Kollege wird aus dem scharfen Kampf zwischen radikaler Phrase und gewerkschaftlicher Arbeit zur Genüge erfahren haben, daß die erstere nur die Arbeiterschaft ins Verderben hineinreißt durch Putzsch, wilde Streiks und andere unüberlegte Handlungen. Die Phrase fragt nicht: können wir dieses oder jenes erreichen durch geschickte Taktik, können wir nicht den Unternehmer zu Zugeständnissen bringen auf Grund klug geführter Verhandlungen, das ist ihr vollständig gleichgültig. Sie will nur einen Reingewinn im gleichen Jahre von 485 Millionen Mark. Gewalt, „Broden hinhalten“, wilder ausichtsloser Streik. Derweil klopft der Direktor seinem Sozialsekretär auf die Schulter und sagt: „Sehen Sie, wie treu die Radikalen für uns sorgen“. Der Direktor weiß genau, daß die wilden, über die Köpfe der Gewerkschaften geführten Streiks nur eine nutzlose Verpulverung der Arbeitergroßen und eine Herabminderung der Kampfkraft der Arbeiterschaft bedeuten. Deshalb fürchtet er die Radikalen auch nicht, wohl aber eine zielbewußte Organisation.

Der Unternehmen wägt nur ein auf der Höhe der Zeit stehende Gewerkschaftsbewegung, die geschult in Verhandlung alle Möglichkeiten überschaut und dann energisch und konsequent allein dem Unternehmertum etwas Respekt einzusprechen in der Lage sein können und das ist eine starke Klasse. Der Unternehmer wägt genau ab: wieviel kann ich in die Wagschale werfen, was leistet die Gewerkschaftsorganisation pro Kopf ihrer Mitglieder und wie lange hält sie aus? Kühn und fast, mit dem Bleistift in der Hand wird gerechnet.

Sind wir wirklich so gerüstet, daß wir den Stürmen der Zeit ohne Bange entgegen sehen können? Das ist die Frage, die sich jeder ernste Gewerkschaftler schon häufig bei der immer mehr um sich greifenden Entwertung des Geldes vorgelegt hat. Leider muß er sich die Antwort geben, daß die Metallarbeiterorganisation sich noch nicht so starke Waffen gesammelt haben, um wenigstens einigermaßen gleichwertig zu sein. Nehmen wir die Verhältnisse, wie sie sind. Der sozialistische Metallarbeiterverband hat, wenn es hoch kommt, bei 1,6 Millionen Mitgliedern 80—90 Millionen Mark Vermögen, der Hirsch-Duncker'sche Gewerksverein bei 110 000 Mitgliedern 4—5 Millionen. Demgegenüber steht unser christlicher Metallarbeiterverband bei 230 000 Mitgliedern mit 20 Millionen Mark Vermögen noch immer am günstigsten und schlagkräftigsten von den drei Metallarbeiterorganisationen da. Aber genügen denn diese Zahlen, um die Ungewitter zu zerstreuen, die am Horizont unserer Industrie sich zusammenballen?

Gewerkschaftler von rechtem Schrot und Korn waren sich schon lange darüber klar, daß diese Ziffern nicht genügen und daß man stärkere Mittel heranziehen müsse, um gewappnet zu sein. Ist es da Zufall, daß weitsehende Kollegen energisch auf eine Milderung der Verhältnisse drängen?

Ist es vielleicht Zufall, daß Vertrauensleute auf der Generalversammlung der Duisburger Verwaltungsstelle bei der Beitragsfrage über den Vorschlag der Verwaltung hinausgingen und denselben zu Fall brachten? Ist es vielleicht Zufall, daß in Aachen Vertrauensleute in der Generalversammlung den Vorschlag machten, in der 2. Klasse 12 Mark zu erhalten und in Sterkrade Vertrauensleute von den Akkordarbeitern den Pflichtbeitritt zur ersten Beitragsklasse verlangten?

Die Beispiele können beliebig verlängert werden. Sie zeigen zu deutlich, daß ernst denkende Gewerkschaftler klar erkannt haben, daß die bisherige Nachhumpelpolitik in finanzieller Hinsicht die schwersten Gefahren für die Arbeiterschaft in sich birgt. Die Sorge um ihre berechtigten Interessen, die Zukunfts-Sorge um Weib und Kind läßt die denkende Arbeiterschaft so denken und handeln, wie sie es tun.

Aber auch noch ein anderes Moment tritt zur Herabminderung der Schlagfertigkeit des Verbandes erschwe-

rend hinzu. Das ist die steigende Entwertung des Geldes. Die Finanzverhältnisse haben gar keinen Schritt gehalten mit dem Sinken des Markwertes. Um das auszugleichen, hätten die Beiträge schneller analog den Löhnen folgen müssen. Aber das taten sie gar nicht und sie bleiben auch jetzt noch hinter dem Normalstand zurück.

Die Kosten für Verwaltung, Miete, Licht, Brand, für Bücher, Porto usw. sind enorm gestiegen. Die Papierkosten werden bald unerschwinglich. Das Verbandsorgan, das unseren Kollegen doch kostenlos geliefert wird, wird gering veranschlagt, im laufenden Jahr mindestens 3 Millionen Mark. Gleichermassen sind alle anderen Ausgaben enorm gestiegen. Diesen Ausgaben stehen aber Einnahmen gegenüber, bei denen ein vorsichtiger Kaufmann nicht gerade Freude empfinden dürfte.

Die Vertenerung der ganzen Lebensverhältnisse in den letzten Monaten mußte daher notwendigerweise, wenn wir als Gewerkschaftler handeln wollten, eine Reform des Unterstützungs- und Beitragswesens bedingen. Mit den Unterstützungsätzen, die im Oktober festgesetzt waren, kann im Januar schon nicht mehr viel angefangen werden und so sah sich denn der erweiterte Vorstand und Ausschuß auf seiner Sitzung vom 4. Januar gezwungen, eine Revision der Unterstützungs- und Beitragsätze vorzunehmen. Die Unterstützungen wurden in jeder Sparte sehr erhöht. Demgegenüber ist die Erhöhung der Beiträge gar nicht so bemessen, daß sie eine wesentliche Stärkung unserer Rüstung bedeutet.

Unsere Aufgabe muß es sein, mit aller Energie an der Stärkung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes zu arbeiten, an der Mitgliederzahl sowohl, als auch an Finanzkraft. Ein wenn wir alle unsere Kräfte einengen und wenn wir alle unsere Kollegen zu einem opferreichen Juedemas erzogen haben, dann erst kann die oben gestellte Frage mit einem freudigen „Ja“ beantwortet werden. Dann aber auch werden wir erst vollständig den Stürmen gegenüber stark dastehen, die sich jetzt über dem Haupt der Metallarbeiterhofft zusammenzuziehen beginnen.

## Die Frage des Soziallohnes

Ein praktischer Vorschlag.

In der Gewerkschaftspressen besonders, aber auch in anderen Blättern, beschäftigt man sich in der letzten Zeit verschiedentlich mit der Frage: wie in Zukunft der Familienlohn bezahlt werden soll. Die Ansichten darüber sind geteilt. Trotzdem in der heutigen teuren Zeit große Kreise den Familienlohn als die gerechteste Entlohnung ansehen, wird diese brennende Frage noch viel zu wenig besprochen. Gewiß ist die Lösung derselben nicht leicht. Abgesehen davon, daß bisher der Grundlohn herrschte „gleiche Arbeit gleicher Lohn“, welcher Satz mit Rücksicht auf die unverschuldeten Kollegen gern in den Vordergrund gestellt wurde, sind noch verschiedene andere Schwierigkeiten zu überwinden. Erwähnt sei hier nur die Verschiedenartigkeit der deutschen Industrien: Großindustrie, Kleinindustrie usw. Bei der Unklarheit über diese Frage ist mit Sicherheit damit zu rechnen, daß die befriedigende Lösung derselben noch ziemlich lange auf sich warten lassen dürfte. Es dürfte daher zweckdienlich sein zu überlegen, wie diesem unerträglichen Zustand in etwa die Spitze abgebrochen werden könnte. Dazu wäre folgendes zu erwägen. Die heute herrschende Teuerung ist ziemlich gleich.

In der Stadt wie auf dem Lande herrscht große Not in den kinderreichen Familien. Aus diesem Grunde müßte die Familienunterstützung auch gleichmäßig sein. Wie sieht es aber da noch aus? Heute schwankt das Haushalts- bzw. Kindergeld zwischen 1,00 bis 4,50 Mark. Sollen wir dem gewiß gesunden Gedanken der Familienlohnzahlung näher kommen, so müßte mit dieser Vereinheitlichung der Familienzulage begonnen werden. Aber nicht nur die Höhe der Familienzulage ist nicht einheitlich, sondern es ist vielfach generell nicht festgelegt, für wen Kinder- bzw. Hausstandsgeld zu zahlen ist. Die dritte Frage, die unwillkürlich auftaucht, ist die „Für wann werden diese sozialen Zulagen bezahlt?“. Um alle diese Fragen für einen ganzen Bezirk einheitlich zu regeln, empfiehlt es sich, sogenannte Richtlinien aufzustellen, wie solche z. B. in der chemischen Industrie auf Vorschlag unseres christlichen Metallarbeiterverbandes hin ab September 1921 in Geltung traten. Wir lassen sie hier folgen:

Richtlinien

für die Gewährung der sozialen Zulagen (Kinder- und Hausstandsgeld) nach dem Bezirks-Schnabkommen der chemischen Industrie, Sektion 45.

1. Kindergeld.

Neben den Tariflöhnen wird ein Kindergeld gezahlt. 1. für Kinder unter 14 Jahren,



2. für Kinder bis zum vollendeten 18. Lebensjahre, die noch die Schule besuchen, oder nachweislich dauernd erwerbsunfähig sind.

Als Kinder gelten eheliche, adoptierte Kinder oder Stiefkinder. Für uneheliche Kinder erhält die Mutter, falls sie sich in Arbeit befindet, die Kinderzulage. Sind außereheliche Kinder der Frau in Familien-Gemeinschaft mit ehelichen Kindern aufgenommen, dann erhält der Arbeiter die Zulage auch für diese außerehelichen Kinder seiner Frau.

Wird die gesetzliche Unterhaltspflicht von einem kommunalen Institut angesetzt, so kann das Kindergeld unmittelbar an dieses gezahlt werden. (3. B. bei Erziehung der Kinder im Armenhaus.)

Die geschiedenen männlichen Arbeiter erhalten die Zulage für Kinder, sofern sie die Unterhaltspflicht nachweisbar erfüllen.

2. Hausstandsgeld.

Das Hausstandsgeld wird an verheiratete Arbeitnehmer und solche, die nachweislich auf Grund gesetzlicher Unterhaltungsverpflichtung als Haupternährer ihrer Familienangehörigen in Frage kommen, gezahlt. (Als Nachweis gilt amtliche Bescheinigung.)

Das Hausstandsgeld wird ferner auch an verwitwete oder geschiedene Arbeiter, die zum Unterhalt ihrer Kinder ihren Haushalt durch eine Haushälterin führen lassen, gezahlt. Die geschiedenen männlichen Arbeiter erhalten das Hausstandsgeld nur, falls der geschiedene Ehemann den Nachweis erbringt, daß er zur Unterhaltungsleistung verpflichtet ist und seine Verpflichtungen erfüllt.

3. Allgemeine Bestimmungen.

Das Hausstands- und Kindergeld wird gezahlt für jede geleistete volle Arbeitswoche.

Eine Kürzung vorstehender sozialer Zulagen findet nicht statt in folgenden Fällen:

- 1. in den Fällen der nach § 11 ARB. zu entschädigenden Verhinderung an der Dienstleistung;
2. für die Dauer des tariflichen Urlaubs;
3. bei unverschuldeten Feiertagen im Sinne des § 10 des Bezirks-Lohnabkommens vom 13. September 1921;
4. im Falle der durch die Krankenkasse bestätigten Erkrankung eines Arbeitnehmers
a) bei einer Betriebszugehörigkeit von weniger als 6 Wochen für die Dauer von 2 Wochen;
b) bei einer Betriebszugehörigkeit von über 6 Wochen für die Dauer von 4 Wochen;
c) bei einer Betriebszugehörigkeit von über 10 Wochen für die Dauer von 5 Wochen;
d) bei einer Betriebszugehörigkeit von über 26 Wochen für die Dauer von 10 Wochen;
e) bei einer Betriebszugehörigkeit von 1-3 Jahren für die Dauer von 15 Wochen;
f) bei einer Betriebszugehörigkeit von 4-6 Jahren für die Dauer von 20 Wochen;
g) bei einer Betriebszugehörigkeit von über 6 Jahren für die Dauer von 26 Wochen.

Bei unverschuldeten Betriebsunfällen wird das Kinder- und Hausstandsgeld für die Dauer der Krankheit bis zu 26 Wochen gezahlt. Im Krankheitsfalle werden vorstehende soziale Zulagen vom 1. Krankheitsstage an gezahlt.

Mit Auflösung des Arbeitsverhältnisses erlischt der Anspruch auf Zahlung des Kinder- und Hausstandsgeldes.

Innerhalb eines Hausstandes kann das Hausstands- und Kindergeld nur einmal bezogen werden.

Die Gewährung des Kinder- und Hausstandsgeldes an Arbeiter, deren Familie im Auslande lebt, wird von Fall zu Fall im Einvernehmen mit dem Arbeiterrat geregelt.

Vorstehende Richtlinien bilden einen Bestandteil des Bezirks-Lohnabkommens für den Reichsstarif für die chemische Industrie für das Gebiet der Sektion 4b mit Geltung vom 1. September 1921.

Wie schon oben gesagt, machen diese Richtlinien keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Die Annahme derselben würde aber bei manchen Arbeitgeberverbänden schon ein gewaltiger Fortschritt sein. Sind in allen Industrien, in denen die sozialen Zulagen schon bezahlt werden, möglichst vollkommene Richtlinien vereinbart und in Kraft, dann sind wir in der Bezahlung des Familienlohnes schon ein tüchtiges Stück vorwärts gekommen. Dann wird sich auch für die Betriebe, die bisher aus mancherlei Gründen, speziell aber wegen der Frage „Wer bezahlt die Familienzulage“, der Familienlohnzahlung ausgewichen sind, ein Weg finden lassen. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg!

Die Geschichte der Drehbank

Ein Beitrag zur Geschichte der Technik

Von A. Hegele, Gewerbeschulrat und Ingenieur, Constanz.

Ein werdender Mensch soll ersehen, daß auch der größte Erfinder auf den Schultern seiner Vorgänger stand, daß er den Anschauungen seiner Zeit unterworfen war und daß Arbeit und Ausdauer, Tugend und Vermunft ihn zum Ziele führten. Feilhaus.

Anfänge.

Die Drehbewegung ist wahrscheinlich so alt wie die Menschheit selbst. Ihre Entwicklung im Laufe der Jahrtausende ist bezeichnet für die Entwicklung der menschlichen Technik überhaupt.

Beim Aufkommen der Drehbewegung reichte ursprünglich das Zylinderpaar, der Zapfen und das zugehörige Lager, das zum Weilen eines Drehwerkzeuges gehört, genügt. Die ersten Drehbewegungen bestanden jedenfalls darin, daß ein fester Körper an einer Schnur im Kreise geschwungen wurde, wie z. B. bei der Schleuder oder dem Schwirrhals der Australier, oder daß der Körper an einem festen Band hing und diesen durch Drehung zusammendrückte, wie z. B. bei der Spindel der alten Zeit. Im Anfang trat auch bei technischen Vorrichtungen, bei denen eine Achse in Umdrehung versetzt wurde, wie z. B. beim Röhren, eine wackelnde und nicht eine gleitende Bewegung auf, indem die Hände die Achse oder in diesem Falle die Bohrspindel quirlend hin und her drehten. Erst später erfolgte der Antrieb der Bohrspindel oder des Feuerwerks mit der Schnur, die man hin und her zog und wobei der Bohrer durch ein Stück das man oben gegen den Kopf presste, geführt und beschwert wurde. In dieser Drückvorrichtung entstand wohl das erste Lager, das die Menschheit verwendet hat.

Ein großer Fortschritt in der Entwicklung der Drehbewegung wurde durch die Erfindung des Rades herbeigeführt. Man kann als fast sicher annehmen, daß es aus dem beweglichen Baumstamm aus der Walze hervorging. Technisch oder bedeutete das Rad insofern eine Revolution, als damit eine wirkliche Bewegung zur Anwendung gelangte, wobei stets gleitende Reibung vorhanden ist, während bei der Walze, die sich zwischen der Zentrifuge des belastenden Körpers und dem Erdboden abwälzt, keine

Der deutsche Gewerkschaftsbund zur Arbeitslosigkeit

Die gegenwärtig noch verhältnismäßig günstige Lage des deutschen Arbeitsmarktes hat keine gesunde Grundlage. Sie beruht in der Hauptsache auf Spekulationskäufen valutastarker Länder, die sich die Entwertung unseres Geldes dienstbar machen wollen. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß in naher Zeit ein Rückschlag eintreten muß, der dann verheerend wirken wird. Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist der Meinung, daß zur Gesundung unserer Wirtschaft, insbesondere aber zur Verhütung oder mindestens zur Milderung der bald zu befürchtenden Arbeitslosigkeit, nachstehend angegebene Maßnahmen vorzubereiten und dann mit allem Nachdruck zu betreiben sind:

1. Auf jede nur mögliche Weise ist von der Regierung und allen dazu berufenen Stellen die Unmöglichkeit der Reparationsverpflichtungen unter Beweis zu stellen. Dem deutschen Volke und dem Auslande ist mit rücksichtsloser Offenheit der Stand der deutschen Finanz- und Volkswirtschaft klarzulegen und, daraus abgeleitet, bei jeder Gelegenheit auf die unerfüllbaren Lasten der uns auferlegten Feindbünd-Bedingungen als Hauptursache der versinkenden Volkswirtschaft hinzuweisen.

2. Als eine wesentliche Ursache unserer wirtschaftlichen Not und damit der kommenden Arbeitslosigkeit werden wir immer das Unrecht der Zerreißung Oberschleisiens ansehen.

3. Dem Feindbund und der ganzen Welt ist zu sagen, daß die Zerstückelungspolitik, wie sie im Saargebiet durch die zwangsweise Einführung der Frankenswährung sichtbar wird, besonders furchtbar den Deutschen Werkern gegenüber in die Erscheinung trat und unserer chemischen Industrie gegenüber vorbereitet wird, aufhören muß, wenn von uns weitere Leistungen erwartet werden.

4. Es ist anzustreben, daß es uns ermöglicht wird, unter günstigeren Bedingungen, als in Wiesbaden vereinbart, weitgehend Sachleistungen statt Goldzahlungen anzubieten.

5. Als wesentlichstes Mittel zur Milderung der drohenden Arbeitslosigkeit erscheint uns die an jeder Weise anzustrebende Belebung der Bautätigkeit. Wir verlangen beschleunigte Erledigung aller gesetzgeberischen und verwaltungstechnischen Maßnahmen, die fördernd wirken können, insbesondere die rechtzeitige Entscheidung über die erforderliche Geldbeschaffung.

6. Ausbau und Erweiterung der produktiven Erwerbslosenfürsorge unter besonderer Bevorzugung aller Maßnahmen, die geeignet sind, die landwirtschaftliche Ausnützung unseres Bodens und das Siedlungsweesen zu fördern.

7. Bereitstellung und frühzeitige Vergebung von ausreichenden öffentlichen Aufträgen unter angemessener Berücksichtigung der Bezirke und Betriebe, die von überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit bedroht sind.

8. Vorbereitung umfangreicher Notstandsarbeiten durch die Verwaltungen des Reiches, der Länder und der Gemeinden.

9. Zugang ausländischer, nichtdeutscher Arbeitskräfte ist, soweit irgend angängig, zu unterlagen.

10. Einfuhrerleichterungen ausländischer Fertigfabrikate und Luxusartikel ist, nicht zuletzt auch durch planmäßige Auffüllung der inländischen Verbraucher, zur Förderung der Inlandserzeugung nach Möglichkeit zu unterbinden.

11. Die Verordnung über die Stilllegung von Betrieben, desgleichen die über die Erleichterung der Entlassung von Arbeitnehmern sind rechtzeitig in Gesetzesform neu zu gestalten. Vorschläge nach der Richtung, daß besonders bei allen Maßnahmen mit dem Ziele der mög-

gen oder teilweisen Stilllegung von Betrieben die beteiligten Arbeitnehmergewerkschaften angemessenen Einfluß erhalten, behalten wir uns vor.

12. Eine möglichst gleichmäßige Verteilung der Arbeitszeit ist im Falle starker Arbeitslosigkeit durch Vereinbarungen der Reichsarbeitsgemeinschaften anzustreben. Ausgenommen davon sollen Industrien sein, deren Vollarbeit auf andere Gewerbe fördernd wirkt. Kurzarbeiter und ausreichender zu entschädigen.

Die bisherige Arbeitslosenunterstützung ist durch eine Arbeitslosenversicherung zu ersetzen. Die Arbeitgeberchaft hat durch einmaligen besonderen Beitrag einen Fonds zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Arbeitslosenversicherung zu schaffen.

13. Als innerhalb dieses Rahmens liegend verlangen wir, daß alle verantwortlichen Instanzen mit jedem nur möglichen Mittel den jahmlosen Wucher, die Spekulation mit unserer Not, bekämpfen. Als dazu gehörig betrachten wir auch die beschleunigte steuerliche Erfassung der Börsenspekulationsgewinne mit den höchstmöglichen Sätzen, und die Verabschiedung der Vermögenssteuergesetze mit Sätzen, die als gleichwertig den steuerlichen Belastungen der Arbeitnehmerchaft gegenüber angesehen werden können. Im engen Einvernehmen mit den Arbeitsgemeinschaften und unter deren maßgeblicher Beteiligung ist die Wirtschaftlichkeit der Produktion und deren Steigerung durch Anwendung aller wissenschaftlichen und technischen Mittel zu fördern.

Unter Wahrung des Anspruchs des Inlandsmarktes auf vorzugsweise Bedienung ist die Ausfuhr von Industrieerzeugnissen, besonders solche hochwertiger Art, mit allen Kräften zu unterstützen. In weit stärkerem Maße als bisher muß sich der Gedanke der Gemeinwirtschaft durchsetzen. Hinsichtlich der Baustoffwirtschaft erneuern wir die Forderung, die der Deutsche Gewerkschaftsbund in seiner Entschließung zur Wohnungsnot am 8. September aufstellte und die verlangte,

die Baustoffwirtschaft ist durch Ausbau und gemeinwirtschaftliche Umgestaltung der Substrate unter entscheidender Mitwirkung von Arbeitnehmern, Verbrauchern und Vertretern der Allgemeinheit den öffentlichen Interessen unterzuordnen.

Die sinnmäßige Übertragung dieser Gesichtspunkte auf alle dazu geeigneten Gewerbe, z. B. Textil-, Nahrungsmittel- und ähnliche Industrien, ist gleichfalls mit allem Nachdruck anzustreben.

14. Ausbau der Arbeitslosen-Statistik nach der Richtung, daß nicht nur die unterstühten Erwerbslosen, sondern auch die gezählt werden, die zwar erwerbslos, aber noch nicht oder nicht mehr bezugsberechtigt sind, desgleichen die Zahl der Kurzarbeiter und die durch Kurzarbeit verlorenen Arbeitsstunden. Unsere jetzige Arbeitslosenstatistik gibt ein zu günstiges Bild und veranlaßt dadurch das Ausland zu falschen und für uns ungünstigen Schlüssen über unsere Wirtschaftslage.

Betriebsunfälle und Gewerbekrankheiten

Dr. S. Wolff.

II.

Die einzelnen Länder, die die Versicherungspflicht der Gewerbekrankheiten bereits eingeführt haben, besitzen nun ein sehr voneinander abweichendes Versicherungsrecht. In der Schweiz ist die Haftpflicht für Betriebschäden auf die Gewerbekrankheiten seit längerem ausgedehnt worden; der geschädigte Arbeiter muß jedoch den Beweis liefern, daß seine Erkrankung direkt durch die Berufschädlichkeit hervorgerufen worden ist, eine Forderung, die nicht immer ganz leicht zu erfüllen ist. In England ist das Pflichtenystem, das wir vorher erwähnten, eingeführt. Die versicherungspflichtigen Ge-

Diese Drehbank der alten Griechen war natürlich sehr einfach. Sie hatte ihr Vorbild in der Entwicklung des Bohrers, der schon früher mit einer Schnur umwickelt und hin und her gedreht wurde. Dabei kam man bald darauf, die beiden Schnurenden durch ein gekrümmtes Stück Holz, ähnlich dem Jagdbogen, miteinander zu verbinden. Auf diese Weise erhielt man den Bohrer mit dem Fiedelbogen, dessen Schnur mehrmals um die Bohrspindel gewunden war und bei dem die eine Hand das obere Bohrstück hielt und die andere den Bogen führte.

Ganz ähnlich sah die älteste Drehbank aus; an die Stelle der senkrechten Bohrspindel trat die waagrechte Drehspindel. Die Lagerung geschah hier durch zwei gegenüberliegende kegelförmige Spitzen, von denen die eine wohl beweglich und verschiebbar war, damit das Drehstück zwischen den Spitzen drehbar eingeklemmt werden konnte. Um das Werkstück wurde eine Schnur, ein- oder mehreremal geschlungen und ähnlich dem Fiedelbogen befestigt. Durch Hin- und Herbewegen wurde die Drehbewegung erzeugt. Damit war die einfachste Spindel-drehbank erfunden, die sich im Orient bis in unsere Zeit erhalten hat.

Der Drehtisch griff natürlich nur beim Vorlauf an, während er beim Rücklauf nicht wirkte. Je nachdem man den Stichel mehr oder weniger näherte, drang er in das Werkstück ein; ließ man ihn bis zur Mitte eindringen, so wurde der Stab durchgeschnitten. Bewegte man ihn gleichlaufend mit der Achse, der Länge nach, erhielt man eine glatte, runde Drehfläche.

Um die Ausbildung und Vervollkommnung dieser einfachen Dreherei mit dem Fiedelbogen haben sich die Griechen Theodoros von Samos, Phidias, Thales von Milet und Archimedes verdient gemacht. Theodoros von Samos (532 v. Chr.) wird geradezu der Erfinder der Drehbank genannt. Phidias galt als sehr geschickter Kunstschleifer in Holz und Stein. Thales von Milet habe schon verstanden, massive Himmelskugeln zu drehen und Archimedes, der bedeutendste Ingenieur der Griechen, gilt bis heute als der Erfinder der gedrehten Schnecke, der Schraube ohne Ende. Und von Alexander dem Großen wird erzählt, daß ihn die Gesandten des Perser an der Drehbank getroffen hätten.

Von den Griechen übernahmen die Kunst des Drehens die Römer. Viele verstanden schon das Metall der Alten, die Bronze, zu drehen. Der römische Architekt M. Vitruvius Pollio führt in seinem um das Jahr 16 v. Chr. geschriebenen Buch unter anderen Maschinen auch gut konstruierte Drehbänke auf.

gleitende sondern eine rollende Reibung auftritt. Weil das Rad als Stammutter sämtlicher Maschinenteile mit drehender Bewegung gelten kann, so bedeutete seine Erfindung einen wesentlichen Meilenstein in der Entwicklung der Technik überhaupt.

Ueber die Entstehung des Rades aus der untergeordneten Walze sind verschiedene Vermutungen und eingehende wissenschaftliche Theorien aufgestellt worden, ohne daß es uns bisher gelang, diese Entwicklung wirklich glaubwürdig darzulegen. Die Benutzung des Rades ist überhaupt auf dem europäisch-asiatischen Erdteil beschränkt, mozu noch die Mittelmeerländer im nördlichen Afrika kommen; in allen übrigen Erdteilen, Amerika, Australien und fast ganz Afrika blieb das Rad und die ganze davon abhängige technische Entwicklung unbekannt.

Eine der frühesten technischen Anwendungen der Drehbewegung ist die kreisende Spindel der Töpferstube, in ihren einfachsten Formen wohl das Urbild einer Drehbank und zwar einer Planscheibe oder Kopfdrehbank. Mit der einen Hand drehte der Töpfer möglichst rasch die Scheibe, mit der anderen knetete und formte er seine Töpfe. Das Streben, auch die zweite Hand zur Arbeit frei zu bekommen, führte schon früher zum Antrieb der senkrechten Spindel durch die bloßen Hände, eine Form der Töpferstube, wie sie sich bis heute in allen Ländern erhalten hat.

Eine weitere technische Anwendung der Drehbewegung war die Drehmühle aus 2 Steinen, wie man sie heute noch bei Völkern auf niedriger Kulturstufe findet. Bald wurde der obere Stein mit einem hölzernen Handgriff versehen und der erste Rurbeibetrieb war in Verbindung mit dem treibenden Arm gegeben.

Die Dreherei im Altertum.

Die Ehre, die Drehbank im heutigen Sinne erfunden zu haben, kommt wahrscheinlich den alten Ägyptern zu. Die in ihren Gräbern gefundenen gedrehten Longenröhre aus dem 4. und 5. Jahrtausend v. Chr. weisen schon einen hohen Grad von technischer Vollkommenheit auf. Die alten Ägypter waren überhaupt Jahrbunderte lang die technischen Lehrmeister der alten Welt. Von ihnen übernahmen die Phönizier, Babylonier und Assyrer die Kunst des Drehens und auf diesem Umweg erhielten wohl auch die Griechen mit vielen anderen Werkzeugen und Maschinen die Drehbank. Nach der geschichtlichen Überlieferung soll ein Entel des ersten „Gefäßschöpfers“ Dädalos, der Erfinder der Drehbank sein. Zum Glück seines Fluges soll er runde, gedrehte Stangen verwendet haben. Gerade dieser mythologische Ausweg in der Erfindergeschichte läßt den Schluß zu, daß es alle Möglichkeiten fehlen, das Alter der Drehbank zu bestimmen.



werberkrankheiten sind genau präzisiert. Die Unternehmer, die den in ihren Betrieben erkrankten Arbeitern gegenüber ersatzpflichtig sind, suchen sich nun dadurch zu schützen, daß sie von jedem Arbeiter beim Eintritt eine schriftliche Erklärung verlangen, daß er an keiner der bekanntgegebenen Gewerbekrankheiten leidet, Arbeiter, die diese Erklärung nicht abgeben wollen, werden überhaupt nicht eingestellt. Im Erkrankungsfall muß nun jedesmal entschieden werden, ob der betreffende Arbeiter erst während seiner letzten Tätigkeit erkrankt ist oder schon erkrankt war, als er die Erklärung an den Unternehmer hat abgeben müssen, daß er wesentlich an keiner Gewerbekrankheit leide. Stellt sich heraus, daß er schon vorher krank war, so ist der Unternehmer nicht ersatzpflichtig, weil der Arbeiter eine falsche Erklärung abgegeben und infolgedessen der Vertrag keine Gültigkeit hat. Natürlich sind dies keine gesunden Verhältnisse, da die Unternehmer das Bestreben haben, die Erkrankung des Arbeiters schon vor dem Eintritt in seine letzte Stelle glaubhaft zu machen, die Arbeiter andererseits bewußt oder unbewußt jede Krankheit verheimlichen, weil sie sonst überhaupt keine Anstellung bekommen. Unter diesen Umständen hat die Versicherung der Gewerbekrankheiten selbstverständlich keinen Wert und kann höchstens dazu führen, im Kampf der gegenseitigen Interessen die Moral und Glaubwürdigkeit noch mehr herunterzusetzen. Am besten scheinen die Verhältnisse in Frankreich geregelt zu sein. Hier sind alle Berufskrankheiten entschädigungspflichtig.

Da der Begriff der Gewerbe- und Berufskrankheiten, wie wir sehen, sich nur schwer abgrenzen läßt, ein Listensystem, wie es in England durchgeführt ist, erst recht große Schwierigkeiten hat, so sind viele Vorschläge gemacht, um die Berufskrankheiten nach ihrer Gefährlichkeit einzuteilen. So will man die Berufskrankheiten in zwei Hauptklassen gruppieren, die sich durch die Art der Einflüsse, die auf sie schädigend gewirkt haben, trennen lassen. Zur ersten Gruppe gehören die Schwerhörigkeit der Schmieße, die Beinverkrümmungen der Bäcker, die Halskrankheiten der Rebnen usw. Diese Erkrankungen sind die Folge einseitiger Arbeitsweise und sind im allgemeinen auf physikalische Einwirkungen (Stehen, Sprechen usw.) zurückzuführen, wie sie in geringerem Maße auch jeden anderen treffen. Durch besonders lange Inanspruchnahme sind einzelne Organe überanstrengt und erkranken schließlich unter dem dauernden Einfluß dieser Schädlichkeit. Diesen Berufskrankheiten steht Gewalt die gegenüber, die charakterisiert sind durch die Merkmale einer ganz speziellen Schädigung, zumeist einer chemischen, wie sie nur in einigen Betrieben besonderer Art erworben werden kann. Die Phosphorvergiftung der Arbeiter in Zündholzfabriken, die Quecksilbervergiftung in Spiegelglasfabriken, die Bleivergiftung in ihren verschiedenen Abarten bei Schriftsetzern, Malern, Spenglern usw., die Chromsäure-, Mangan-, Arsenvergiftungen, auch die Wurmkrankheit der Bergleute gehören hierher. Es sind bei dieser Gruppe von Berufskrankheiten fremde Schädlichkeiten, chemische Substanzen oder Parasiten, wie der Erreger der Wurmkrankheit, die nur an ganz bestimmte Arbeitsstätten gebunden sind und nur von hier in den Körper der betreffenden Menschen gelangen können. Meist liegen chemische Schädlichkeiten zugrunde, seltener parasitäre, die aber auch an einen bestimmten Beruf gebunden sind, und in einigen Fällen auch physikalische. So verursacht das Eindringen von Steinstaub, Eisen- und Kohlepartikeln bei gewissen Arbeitern, den Feilenhauern, den Steinhauern, den Kohlenarbeitern usw., spezifische Lungenerkrankungen, die hier also nicht durch die chemische Wirkung eines Giftes, sondern durch den Reiz, den die Staubpartikel ausüben, also durch einen physikalischen Einfluß, hervorgerufen werden.

3. Professoren und Lehrer	6 775
4. Ärzte und Assistenten	8 800
5. Offiziere	51 660
6. Sanitäts- und Polizeioffiziere	10 500
7. Soldaten	260 000
8. Gutsbesitzer	12 950
9. Angehörige der Intelligenz	355 250
10. Arbeiter	192 350
11. Bauern	815 100
12. Gendarmen und Schulleute	48 500

1 766 118

Wenn irgend etwas einen Begriff vermitteln kann über das „Ausmaß persönlicher Freiheit“, über „das glänzende Glück der Menschheit“ unter bolschewistischer Herrschaft, dann ist es diese Zusammenstellung. Nur ganz verirrte Naturen bringen eine solche „Bereicherung“ der Statistik zurecht. Daß heute noch deutsche Arbeiter Nachbatter solcher Heuler sein können, erscheint fast unbegreiflich — und doch ist es so.

### Bekanntmachungen

Da die Beiträge immer im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 15. Januar, der 3. Wochenbeitrag fällig für die Zeit vom 15. bis 21. Januar.

Es erhält die Genehmigung zur Erhebung folgender Beiträge: Witten 1. Klasse 10 M., 2. Klasse 9 M., 3. Klasse 6 M., Jugendklasse wie bisher.

### Verbandsgebiet

**Wülflingen.** Bekräftigt Verleumdung. Bei dem letzten Ausbau des Frankfurter Metallarbeiterverbandes, der von den kommunistischen Kreisen des sozialistischen Metallarbeiterverbandes abgewandt wurde, erklärte der kommunistische Geschäftsführer Beder des sozial. Met. Arb. Verb. in Wülflingen, der Bezirksleiter Bied von unserem christl. Metallarbeiterverband, sei von den Unternehmern bestochen (Beder glaubte anscheinend gewisse Leute aus Wehlar vor sich zu haben) und habe den Arbeitern wiederum den Lohnabbau eingewidmet. Die christl. organisierten Kollegen, denen Beder diese Anschuldigungen machte, forderte er auf zum sozial. Met. Arb. Verb. überzutreten, dort bekämen sie ebenfalls Streikunterstützung. Auch da dachte Beder, der auf einmal die Rolle eines kommunistischen Gewerkschafts-„gefürchten“ mit der eines wohlbestellten Geschäftsbefehlers „vertauschte“ nicht daran, daß die Zentrale des Deutschen Metallarbeiterverbandes es auf der Generalversammlung in Jena ablehnte die Kosten für den vorhergegangenen Wülflinger Kommunismus zu zahlen. Ob den zum Uebertritt aufgeforderten „Christen“ die Unterstützung aus den in Wülflingen dem Deutschen Metallarbeiterverband gesunkenen 70- oder 90 000 M. Streikgeldern gezahlt werden sollten konnte anscheinend Beder nicht angeben, da er sich die Erlaubnis mit seinem kommunistischen Nichtsbruder Kleindauer hätte müssen in Verbindung setzen.

In der am 5. Dezember stattgefundenen Gerichtsverhandlung eruchte nun Herr „Kaufmann“ Beder die von ihm gebrauchte Verleumdung abzuklären, damit er nun kein Glück, sondern nur ein 1.000 Mark Geldstrafe, verurteilt. Außerdem wurde dem Kläger das Publikationsrecht des Urteils in der Presse zuerkannt.

Daß im Saargebiet ein systematischer Lügen- und Verleumdungsflug gegen die Führer der christl. Bewegung von dieser Seite in der letzten Zeit, geht daraus hervor, daß dies der letzte Prozeß ist, der allein vom Leiter unseres Verbandes innerhalb Jahresfrist dort mußte angetragt werden, die restlos zur Verurteilung der Verleumder führten, soweit dieselben es nicht vorzogen, vor der Verhandlung des und wehmütig ihre Besidigungen zurückzunehmen.

Daß durch diese persönlich-schmutzige Kampfesweise nur die Geschäfte des von den Kommunisten angebl. bekämpften internationalen Kapitalismus im Saargebiet belagert werden zum Schaden der gesamten Arbeiterschaft, für diese Elemente in ihrem blindwütigen Haß gegen die christl. Gewerkschaftsbewegung nur wenig. Der Deutsche Metallarbeiterverband ist im Saargebiet durch die Vorfälle zur Freude besonders des transalpinen-Imperialistischen Kapitals auseinandergerissen worden. Am christl. Metallarbeiterverband werden sich diese Kerle den Schädel einrennen.

**Siegen.** Die Verwaltungsstelle Siegen des Christlichen Metallarbeiterverbandes hielt am Mittwochabend eine Verwaltungsstellenkonferenz ab, die außerordentlich gut besucht war. Der Vorsitzende, Geschäftsführer Haas, wies in seiner Ansprache darauf hin, daß dies sehr wahrscheinlich die letzte allgemeine Vertrauensmänner-versammlung in diesem Jahre sei und warf aus diesem Anlaß einen kurzen Rückblick auf das abgelaufene für den Verband so außerordentlich ereignisreiche Jahr. Hierbei betonte er das gute gewerkschaftliche Verhalten der Vertrauensmänner während aller Lohnbewegungen und namentlich während des Metallarbeiterstreiks. Das Reststreiken der linksradikalen Elemente gegen den Christlichen Metallarbeiterverband, das namentlich nach dem Streik einsetzte, habe die von den Gegnern gewünschte Wirkung absolut nicht erzielt und statt des prophezierten Abgangs an Mitgliedern sei gerade in der letzten Zeit ein erfreulicher Zugang zu verzeichnen, trotz aller Verleumdungen werde der Verband zahlenmäßig und innerlich erstarzt das laufende Jahr abschließen. Anschließend gab Rebnen einen Bericht über das letzte Lohnabkommen. Eine Abstimmung brauchte diesmal nicht stattzufinden, da die Organisationsleiter das Abkommen sofort unterschrieben hatten. Die Gründe, die hierzu veranlaßt hatten, wurden von der Versammlung voll und ganz anerkannt und den Organisationsbeamten auch für zukünftige Verhandlungen und Maßnahmen volles Vertrauen ausgesprochen.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung nahm der Kassierer der Verwaltungsstelle, Geschäftsführer Braß, das Wort und erstattete eine ausführliche Rechnungsablage über die Finanzierung des Streiks. Aus dem Bericht ist zu entnehmen, daß der Streik im ganzen 16 Arbeitstage dauerte. Auf dem Bereich der Verwaltungsstelle Siegen entfiel an Streikunterstützungen ein Betrag von 611 763 M. Die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner hatte durch Sammlung 1180 M. aufgebracht, die als außerordentliche Unterstützung bei besonderen Fällen Verwendung fand. Der Referent betonte weiter, daß die musterwürdige Verwaltung der Kassengeschäfte nur möglich gewesen sei durch die treue Mitarbeit der Vertrauensleute in den einzelnen Ortsgruppen, und hat um weiter Mitarbeit und Unterstützung in seinem schweren, verantwortungsvollen Amt. Nachdem der Vorsitzende dem Kollegen Braß und allen anderen, die bei der Streikabrechnung und Verwaltung mitgeholfen haben, für ihre Treue und gewissenhafte Arbeit den Dank der Verwaltungsstelle ausgesprochen hatte, erteilte er dem Kassier Stettner, Beschor, das Wort zu seinem Vortrag: Gewerkschaftliche Rechte — gewerkschaftliche Pflichten. Stettner, der allen älteren Siegerländer Gewerkschaftlern als ausgezeichnete Rechner bekannt ist, verstand es vortrefflich, die große Versammlung 1 1/2 Stunde lang an seine Lippen zu fesseln. Nach kurzer, aber wirkungsvoller Schilderung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse im deutschen Vaterlande, zeichnete er in tiefdurchdachten, begeisterten Ausführungen die Aufgaben der Vertrauensmänner und Funktionäre. Stürmischer Beifall lohnte den Rechner, der mit seinem vortrefflichen Vortrag einen würdigen Abschluß des Geschäftsjahres gegeben hatte. Eine Aussprache fand nicht statt und ging die Versammlung um 10 Uhr auseinander mit dem Bewußtsein, im letzten Jahre an einer guten Sache eifrig mitgearbeitet zu haben und dem Geldlohn im kommenden Jahre, wenn möglich, noch eifriger, dasselbe zu tun.

**Lauter (Sa.).** Kürzlich hielt unsere Sektion ihre Hauptversammlung ab. Der Vorsitzende, Kollege Eidner, konnte in seinem Bericht feststellen, daß die Sektionen einen erfreulichen Aufschwung genommen hat. Trotz größter Arbeitslosigkeit im 2. Vierteljahr blieb die Mitgliederzahl auf über das Dreifache. Der größte Teil der Aufnahmen ist dabei auf das Verlustkonto des Deutschen Metallarbeiterverbandes zu legen. Bei den Betriebsratswahlen im Frühjahr trat die Ortsgruppe bei einer Firma, wo am 1. Januar nur ein Mitglied vorhanden war, mit einer eigenen Vorschlagsliste auf und erhielt bei der Wahl fast die Hälfte der Stimmen. Die Liste unseres Verbandes erhielt die Hälfte Sitze, dabei stellte sie im Betriebsrat und Arbeiterrat den Vorsitzenden. Auch bei der Ortsratentscheidung wurden auf der christlich-nationalen Liste, die die Mehrheit der Stimmen erhielt, einige Mitglieder gewählt. Die Vorstandswahl brachte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender wie bisher Kollege Eidner, Kassierer Kollege Berthaus, Schriftführer Kollege Fuchs. Zu Beisitzern wurden Kollege Fichtum und Kollegin Grimm gewählt.

Kolleginnen und Kollegen von Lauter! Schön sind unsere Erfolge. Aber noch haben wir ein großes Arbeitsfeld vor uns. Laßt uns alle Hand anlegen und dafür sorgen, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung im Stützort Lauter weitere Fortschritte macht und der letzte christliche Metallarbeiter und die letzte christliche Metallarbeiterin Mitglied unseres Verbandes werden.

**Weiterhammer.** Die Verwaltungsstelle Amberg des Deutschen Metallarbeiterverbandes beschwert sich in der „Frankfurter Tagespost“ gegen den christlichen Betriebsrat in Weiterhammer, weil dieser eines der roten Schächeln terrorisiert habe. Wie ist der Sachverhalt? Der Schlosser G. aus Kolberg wollte am Hüttenwerk Weiterhammer Arbeit als Schlosser haben. Da keine Schlosser eingestellt werden und G. im vergangenen Jahre schon längere Zeit als angelernter Arbeiter gearbeitet hatte, so wurde ihm angelernte Arbeit angeboten. G. wollte aber unbedingt Arbeit als Schlosser haben, solche wurden aber nicht eingestellt und damit war der „christliche Terror“ fertig. Der Deutsche Metallarbeiterverband könnte wissen, daß in Weiterhammer von dem Betriebsrat torret vorgegangen wird. Es läßt sich nachweisen, daß die ersten Neueingestellten rot organisiert waren. Der christliche Betriebsratsvorsitzende M. veranlaßte sogar eine Anzahl rot organisierter Arbeiter, daß sie sich wieder am Werk melden, weil Arbeit vorhanden sei. Das sieht jedenfalls im Gegensatz zu der großzügigen Art, wie sie beispielsweise der rote Betriebsratsvorsitzende der Nachwerke in Weiden an den Tag legt. Also mit dem christlichen Terror in Weiterhammer ist es nichts. Dem Kritiker in der „Frankfurter Tagespost“ aber möchten wir dringend raten, sich den sozialdemokratischen Satz nicht zu eigen zu machen, daß man dem Gegner gegenüber nicht zur Wahrhaftigkeit verpflichtet sei. Denn Lügen haben kurze Beine. Den christlich organisierten Metallarbeitern von Weiterhammer aber empfehlen wir dringend, sich der falschen organisieren anzunehmen und sie dem christlichen Metallarbeiterverband auszuführen. Das ist die beste Antwort auf die roten Anempfehlungen.

**Neheim-Hüsten.** Am Neujahrstage fanden sich die Betriebsratsmitglieder unserer Ortsverwaltung äußerst zahlreich im Gesellschaftsraum Neheim zu einer Konferenz zusammen. Galt es doch den Bericht zu hören über den ersten Reichsbetriebsratskongreß unseres christlichen Metallarbeiterverbandes und gleichzeitig auch Stellung zu nehmen zur Lohnbewegung. Kollege Kasmeyer, welcher den Bericht über den am 18. Dezember in Duisburg stattgefundenen Kongreß erstattete, wies in seiner Einleitung darauf hin, daß wir seit Bestehen des Betriebsratgesetzes Gelegenheit gehabt hätten, die Kinderkrankheiten dieses Gesetzes kennen zu lernen. Während unsere linksstehenden Arbeitsbrüder in manchen Orten unseres Vaterlandes Terror ausüben gegen unsere Kollegen, haben manche Arbeitgeber durch Sabotage an dem Gesetz die günstige Wirkung desselben gehindert. Wir wollen gegen diesen Widerstand auf der Hut sein und jede Beschränkung unserer Rechte mit allen erlaubten Mitteln bekämpfen. Die Zukunft soll eine Besserung unserer Rechte bringen, die „Ramm“-Bestimmungen dieses Gesetzes müssen verbessert werden, das Koalitionsrecht ist sicher zu stellen und den Kollegen in den kleinen Betrieben müssen dieselben Rechte verliehen werden wie der Arbeiterschaft in den Betrieben über 20 Arbeitnehmern. Für die Kollegen, deren Entlassung der Gruppenrat zuerkennend hat, muß eine Berufungsmöglichkeit geschaffen werden, und sollen die im Arbeiterrat stehenden Kollegen ihre Erfahrungen recht zur Wirkung bringen, dann wird es besser sein, wenn die Wahlen nicht jährlich, sondern vierteljährig alle zwei Jahre stattfinden. Der Wahlvorschrift ist in allen Betrieben die größte Aufmerksamkeit zu widmen. Nur fähige Kollegen mit festen Grundrissen und genügender Selbstständigkeit können für dieses Amt in Frage kommen. Stimmungspositiv muß bei der Wahl vermieden werden und jeder Kompromiß sollte in Zukunft vermieden werden durch Aufstellung selbständiger Listen. Der Betriebsrat ist keineRESPOLIZEI, aber gegenüber den Jugendlichen und Lehrlingen ist auf ein gutes Verhältnis Wert zu legen, weil wir unbedingt Qualitätsarbeiter für die Zukunft gebrauchen. Den gesundheitlichen Einrichtungen des Betriebes ist in erster Linie Aufmerksamkeit zu schenken und für notwendige Verbesserungen Sorge zu tragen. Vor allem aber gilt es, den arbeitenden Menschen als Persönlichkeit in der Wirtschaft zur Geltung zu bringen. Sollen alle Aufgaben erfüllt werden, dann ist ein inniges Zusammenwirken mit unserer Organisation erforderlich, welche durch die Betriebsratsorganisation innerhalb unseres Verbandes und durch Einrichtungen zur Schulung den Kollegen das notwendige Wissen vermitteln will. Mit dem Wunsch, daß alle Kollegen hieran regen Anteil nehmen, schloß Kollege Kasmeyer seine Ausführungen. — Am weiteren Verlauf der Konferenz wurde die Entwicklung der Lohnverhältnisse in der hiesigen Metallindustrie klar gelegt und die äußerst rege Ausprache der anwesenden Betriebsratsmitglieder gab klar zu erkennen, daß die Arbeiterschaft aller Betriebe einig ist in dem Willen, alles daranzusetzen, um die Lohnverhältnisse der Leverage entsprechend zu gestalten. Mit dem Hinweis auf die furchtbaren Verhältnisse ist die Ruhe und Besonnenheit der Kollegen durch niedrige Löhne gebannt worden und die Verhältnisse in den Lebensmittelvertrieben betrachteter größerer Städte haben ergeben, daß unsere Löhne unbedingt eine wesentliche Verbesserung erfahren müssen. Zu diesem Zweck ist es für die Einigkeit der Kollegen und Stärkung der Organisation einzutreten, um den kommenden Kämpfen gegenüber gerüstet zu sein. Mit einem Hoch auf den Christlichen Metallarbeiterverband wurde die Konferenz geschlossen.

### Literatur

**Wirtschaftliches Arbeitnehmer-Jahrbuch 1922** nennt sich ein im Taschenformat herausgegebenes Büchlein, welches im Volksverlag für Wirtschaft und Verkehr, Stuttgart erscheint. Es enthält eine Fülle von Informationsmaterial über alle Fragen, die Arbeiter interessieren können und ist wegen seines vollständigen und reichhaltigen Inhalts nur zu empfehlen.

### Geprüfter Klempner- und Metalldrucker-Meister

sucht, gestützt auf erstklassige Zeugnisse Stellung in Metall- oder Blechwarenfabrik in der Nähe Braunschweig-Hannover. Suchender besitzt durchaus praktische Erfahrungen im Ziehen, Stanzen, Drücken, Werkzeugbau usw. Gest. Angebote erblitet M. Kanthak, Braunschweig, Casparstraße 12, 2 Tr. 1.

### Streiflichter

#### Professor Dr. Francke †

Am 28. Dezember 1921 starb in Freiburg i. Br. der verdiente Vorsitzende der Gesellschaft für soziale Reform und Herausgeber der „Sozialen Praxis“ im Alter von 70 Jahren. Mit ihm verliert Deutschland einen Mann, der seine Lebensaufgabe in der Förderung einer gesunden Sozialreform gesucht und gefunden hat. Die soziale Einstellung war bei Professor Francke wirkliche Herzenssache, eingegeben und getragen von seiner christlichen Grundanschauung. Unter den bürgerlichen Sozialreformatoren wird sein Name stets als einer der ersten genannt werden. Seine Tätigkeit war eine äußerst vielseitige und fruchtbare. Bis in die jüngste Zeit hinein stellte er seine Kraft noch in den Dienst des Reichswirtschaftsrates, in den ihn das Vertrauen der Regierung berufen hatte. Häufig hat er in letzter Zeit auch bei Schlichtung von Arbeits- und Tarifstreitigkeiten mitgewirkt. Mit Professor Francke auf ewig verabschiedet und Professor Hise auf katbolischer Seite sind zwei Sozialpolitiker von uns geschieden, denen die Arbeiterklasse viel zu verdanken hat. Wir wollen ihr Andenken in Ehren halten!

#### Krankentassenwahlen.

Bei der Wahl der Vertreter zum Ausschuß der Allgemeinen Ortskrankenkasse Mülheim-Kuhr erhielten die christlichen Gewerkschaften 633 Stimmen und 16 Vertreter, die sozialistischen Gewerkschaften 977 Stimmen und 24 Vertreter.

Betriebskrankenkasse der Friedrich-Wilhelm-Hütte (Deutschl. Ruhr.) Mülheim: christl. Gewerkschaften 415 Stimmen und 6 Vertreter, soz. Gewerkschaften 957 Stimmen, 14 Vertreter, sonstige Listen 761 Stimmen und 10 Vertreter.

Betriebskrankenkasse Thyssen & Co., Mülheim: christl. Gewerkschaften 904 Stimmen und 12 Vertreter, soz. Gewerkschaften 1358 Stimmen und 24 Vertreter, sonstige Listen 1414 Stimmen und 14 Vertreter.

Allgemeine Ortskrankenkasse Oberhausen: christl. Gewerkschaften 808 Stimmen und 14 Vertreter, soz. Gewerkschaften 903 Stimmen und 16 Vertreter.

Betriebskrankenkasse der „Gutehoffnungshütte“, Oberhausen: christl. Gewerkschaften 2643 Stimmen und 22 Vertreter, soz. Gewerkschaften 2568 Stimmen und 22 Vertreter, sonstige Listen 652 Stimmen und 6 Vertreter.

Die Wahlbeteiligung war im allgemeinen sehr flau.

#### Eine grauenerregende Statistik.

wird augenblicklich in der Presse bekannt. Laut offiziellen Listen der russischen Sowjetregierung sind seit Beginn ihrer Herrschaft auf ihrem Befehl, ohne Formalität, hingerichtet worden:

- 1. Geistliche 1 215
- 2. Bischöfe 28



# Wirtschaftsrundschau

## Die Kämpfe des Kapitals

Während auf dem politischen Forum die größten Redeschlachten geschlagen werden und Linksrabiate und Sozialisten mit Schlagwörtern von Sozialisierung und Erfassung der Sachwerte die Kapitalisten hagen machen wollen, spielt sich hinter den Kulissen ein Kampf zwischen den Industriekonzernen einerseits und dem Finanz- und Industriekapital andererseits ab, der dem Sieger die allergrößte Machtbereicherung in die Hände gibt. Die vertikale Konzentration, die in Stinnes ihren deutschen Schöpfer und zielbewußten Wirtschaftsmagnaten besitzt und deren Formel zusammengefaßt werden kann in die Worte:

„Von der Kohle über das Eisen zum Papier“

wingt auch widerstrebende Konzerne, den gleichen Weg zu gehen. Die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft in Berlin, deren Präsident Rathenau ist, hatte sich in horizontaler Konzentration ausgedehnt und stieg auf ihrem Weg auf den Rhein-Eisen-Union-Konzern (Stinnes), der eine starke Interessengemeinschaft mit den Stinnes-Schneider-Elektrizitätswerken eingegangen hatte, und die größten Konkurrenten der AEG, sind Stinnes, dessen Ziel die Zusammenfassung von Rohstoffen bis zur Qualitätsware ist, prang durch seine Politik die AEG, das Steuer ihres Wirtschaftsschiffes herumzuwerfen, die Idee der horizontalen Konzentration zu verlassen und sich in vertikaler Lage zu orientieren, wenn die AEG, die Scholle der Angliederung oder die Charngbis der Abschmürung von Rohstoffen und damit den Anteil zu vermeiden wollte. Rathenau, der in einer seiner Schriften die Industrieherrschaften die Könige am Rhein nannte, wußte zu genau, daß sie mit einer unerhörten Energie ihre Ziele verfolgten und deshalb war er klug genug, sein Schiff in das Kielwasser der vertikalen Konzentration zu steuern, wo man ihm nicht mehr viel anhaben konnte. Die AEG knüpfte daher enge Verbindungen mit der in die Mansfeld-Syndikat-A.G. umgewandelten Mansfelder Kupfergrubenbauenden Gesellschaft an. Diese Gesellschaft besitzt Kupfererzgruben, Kupferhütten und Metallwerke. Außerdem verfügt Mansfeld über Steinkohlenbetriebe in Westfalen und außerdem über Braunkohlenwerke an der Saale. Die AEG hat also das sich um sie ziehende Unwetter durch Interessengemeinschaft mit den über die notwendige Metallgrundlage verfügbaren Werken zu zerstreuen gewußt.

Spätestens so ein heißer Kampf innerhalb der Konzerne selbst ab, so will allem Anschein nach die Industrie überhaupt ein Ringen wagen, das in der Geschichte der Wirtschaft nur ganz selten dasteht. Der durch die Konzentration geförbete Machtwille in der Industrie streckt nicht nur um immer größeren Besitz in der eigenen Sphäre, sondern scheint sich auf eine größere Auseinandersetzung mit dem Finanzkapital der Großbanken vorzubereiten. Stein schreibt in der „Globe“ mit Recht, daß

### die Industrie ihr eigener Bankier

werden und sich der Substanznahme der Hochfinanz entziehen wolle. Die Bestrebungen der Industrie gegen die Machtentenden der Banken haben niemals zu bestehen aufgehört und die Industrie hat auf dem Gebiet des Versicherungswesens den Weg der Selbständigmachung und der Auflösung von Privatversicherung bereits beschritten. Der große chemische Konzern hatte sich eine eigene Organisation im Ballast-A.G. als Selbstversicherung geschaffen, die in anläßlich des Oppauer Unglücks viel von sich reden machte. In der letzten Zeit ging die Nachricht durch die Presse, daß der Zentralverband der deutschen Metallwerke- und Hüttenindustrie eine umfassende Selbstversicherung einführen will.

Die Industrie, die fest auf dem Rücken der vertikalen gegliederten Konzerne steht, will nun dem Finanzkapital unabhängig werden und das hebeuteile für die Großbanken, die sich besonders in der deutschen Industrie und Wirtschaft eine sehr starke Position geschaffen, eine große Gefahr.

Die Großbanken sehen sich vor. Der Zusammenschluß der Darmstädter Bank und der Nationalbank mit mehr als 1 Milliarde eigenem Kapital und mehr als 8 Milliarden Mark Einlagen bereitet die Kesselsma der Kampfpläne vor. Eine ganze Menge Fragen ergeben sich da. Werden sich auch die Großbanken Antizipieren, um den Industrierichtern gegenüber Handhaken? Wird die Industrie auf dem Gebiete der Finanz auch so die Zügel in die Hand nehmen, wie es in Amerika der Fall ist? Wer wird der Sieger sein? Oder wird die Entwicklung wieder rückwärts laufen und bei dem starken Selbstbehauptungsdrang der einzelnen deutschen Unternehmen doch nicht zu einer derartigen Höhe anwachsen, wie es den Amerikanern hat? Wie wird sich die Arbeiterschaft zu verhalten haben und glaubt sie zu

plattkräftig genug zu sein, um den Stürmen gewachsen zu sein? Wie ist es da nicht gebend, sondern nur mit gewerkschaftlicher Arbeit, die einen starken finanziellen Rückhalt hat. Dahin müssen wir streben.

### Konzentration in der Montanindustrie.

Zur Bergbau und in der Eisenindustrie vollzieht sich eine weitere Ausdehnung der Konzernbildung. Die Gasmotorenfabrik Deutz ist eine Interessengemeinschaft mit der Motorenfabrik Oberkassel eingegangen. Die Linke-Hofmann-Werke haben sich einen Einfluß ausgeübt auf die Neuroder Kohlen- und Tonwerke, desgleichen ist die Unternehmung in der U. E. G. vollzogen, die wiederum in Verbindung getreten ist mit der Gesellschaft Mir und Genest. Dazu gesellt sich dann eine weitere Verbindung mit der Maschinenbaugesellschaft in Karlsruhe. Der Sichel-Konzern geht auf Angliederung der Eisenhandelsfirma Laeis in Trier und der Maschinenfabrik gleichen Namens hinaus. Ferner beteiligt sich der Konzern an der Rhonania, Rheinischfabrikonzern in Mannheim und nahm erheblichen Aktienanteil der Gesellschaft Lehmann u. Co. in Düsseldorf auf.

Die Mannesmann-Röhrenwerke sind mit dem Bau eines Hochwertes hervorgetreten. Ferner errichtet die Gesellschaft bei ihrer Steinkohlenzeche in Essen eine größere Anlage für Kokserei und in Verbindung damit eine Ammoniakfabrik. Die Rheinischen Montanwerke in Halle haben auf zwei neue Braunkohlenfelder in der Gegend von Lodau bei Halle zugeworfen. Die Liebhafbergbau-Gesellschaft baut ihr Unternehmen in Sovereword aus. Die Britzellfabrik soll auf eine Jahresleistung von 800 000 T. gebracht werden. Die Eisenwerkgesellschaft Maxilianhütte beabsichtigt, in Thüringen ein neues Stahl- und Walzwerk zu errichten in Verbindung mit einer Hochofenanlage. Die Industrienkonzentration nimmt zu, teils aus wirtschaftlichen, teils aus kapitalistischen Tendenzen. Es zieht sich eine ganze Kette von solchen Bestrebungen durch die deutsche Wirtschaft. Die deutsche Arbeiterschaft hat die Augen offen zu halten.

### Regen Kohlenmangel.

Die Lage am Eisenmarkt scheint gegenwärtig in einem äußerst kritischen Stadium. Seit dem im Juni d. J. eingetretene Umwälzung sind die Preise fortgesetzt gestiegen, gefördert besonders durch die Ausfuhrmöglichkeiten infolge des niedrigen Standes der deutschen Markt. Der Inlandsbedarf trat gleichmäßig aus seiner Zurückhaltung heraus und suchte in weitestem Umfang wirklichen und mutmaßlichen Bedarf zu decken. Die Preise stiegen mit dem fortwährenden Sinken des Marktwertes und sie haben heute ein Mehrfaches des niedrigsten Standes im Juni erreicht. Sachverständige glauben vielfach an eine rasch vorübergehende Eindämmung und Valuta-Konjunktur, doch verschärften sich die Verhältnisse von Woche zu Woche.

Also Aufträge wären genug da, um die Metallindustrie flott zu halten. Aber der Kohlen- und Koksbedarf heranzuwachsen durch zu geringe Förderung und Aufstellung macht einen Strich durch die Rechnung. Er ist die Ursache, warum in vielen Bezirken unsere Industrie aus Feiern kommt.

In Essen gaben Bergbauernvertreter im Roheisenausschuß des Eisenwirtschaftsbundes die Erklärung ab, nach der ungefähr 2000 als Roheisenerzeuger in Betracht kommende Stahlwerke, Eisengießereien und Maschinenfabriken gezwungen sind, Aufträge abzulehnen, weil infolge Mangel an Kohlen und Koks für die Hüttenwerke diese das notwendige Roheisen zu liefern nicht in der Lage wären, zumal schon 15-20 Hochofen still stehen.

### Die Metall- und chem. Industrie in Tschechien.

Die Verhältnisse in der Maschinen- und Metallindustrie haben sich bis zu Ende 1921 nicht viel geändert. Diese Industrie ist im Durchschnitt zu einem Drittel ihrer vollen Friedensleistungsfähigkeit beschäftigt. Die Lokomotivfabriken haben zum Teil Aufträge für Reparaturen für Rumänien und Südamerika zu tun haben. Der Inlandsbedarf wird in der nächsten Zeit ausgeschrieben; doch was nützt dies, nachdem der Staat schlecht oder gar nicht zahlt! So schuldet er seit Jahr und Tag den Lokomotiv- und Waggonfabriken allein eine volle Milliarde Kronen! Einzelne Unternehmer haben weit über 100 Millionen Kronen zu bekommen, erhalten aber seit der Mobilisierung überhaupt gar nichts mehr ausgezahlt. Sogar die Arbeiterschaft hat diesbezüglich bei den betreffenden Ministerien vorgeklagt, weil selbst große Unternehmer nicht mehr in der Lage waren, die Löhne regelmäßig auszubezahlen, da der Staat seine Schulden eben schuldig blieb. Der Staat zahlt einfach 6 Proz. Verzugszinsen, während der Fabrikant der Bank 10 Proz. zahlen muß. So ein Vorgehen blieb der Prager Regierung vorbehalten!

Die Eisenindustrie hat Verkäufe in die nordischen Staaten und nach Übersee getätigt. Das Aktien der Eisenindustrie kann man mit etwa einer Milliarde für 1921 einschätzen. Die chemische Industrie ist durchschnittlich mit 45 Prozent ihrer vollen Friedensleistungsfähigkeit beschäftigt. Die ruhmlose Stocung während der letzten Monate, welche die meisten chemischen Werke zu weitgehenden Verzögerungen ihrer Arbeitszeit und teilweise auch der Arbeiterzahl genötigt hatte, hat bei einem Großteil der Industrie jetzt einer etwas lebhafteren Inlandsbeschäftigung Platz gemacht.

In der Hüttenindustrie arbeiten nur drei Hochofen und auch in den Koksereien ist die Arbeit bedeutend eingeschränkt. Die Industrie ist daher bestrebt, die Produktionskosten zu verringern und wollte auch die Löhne kürzen, was zu den kürzlich stattgefundenen Lohnstreiks führte, vor allem bei den Bergleuten im Ostpreußen, führte. Unter dem Druck der Regierung sahen die Unternehmer von einer Lohnverlängerung ab. Allgemein wird von den Industrien eine Ermäßigung der Kohlen- und Kokspreise verlangt, was nur durch eine Verminderung der Kohlensteuer und der Eisenbahntarife erlangt werden kann. Vor allem die Metallindustrie ist überzeugt, daß ihre Existenz von der Ermäßigung der Kohlen- und Kokspreise abhängt. Von einer Ermäßigung der Kohlensteuer will aber die Regierung nichts wissen. So steht die Metallindustrie keinen guten Zeiten entgegen.

### Die ungarische Eisenindustrie

Ist zurzeit voll beschäftigt. Die vorliegenden Aufträge können erst mit sechsmonatiger Lieferzeit ausgeführt werden. Die Industrie leidet jedoch unter empfindlichem Arbeitermangel, und um dem Bedarf nur einigermaßen entsprechen zu können, mußte die Arbeitszeit auf täglich zwölf Stunden erhöht werden, wozu sich die Arbeiter unter Zustimmung beträchtlicher Lohnzuschläge auf die Überarbeit bereit erklärt haben. Die größte Nachfrage nach Eisen zeigte sich aus dem Kreise der Maschinenindustrie. Lieferungsanträge werden nur auf freibleibenden Preisen entgegengenommen. Gegenwärtig beträgt der Preis für Stabeisen 2400 Kronen (am 1. September noch 1200 Kronen), was dem hundertfachen Friedenspreis gleichkommt. Die ungarischen Werke sind mit Eisen und Koks für eine geraume Zeit versorgt. Die weitere Preisgestaltung hängt von der tschechischen Valuta ab, da die ungarische Schwerindustrie ihre Betriebsstoffe aus der Tschechoslowakei bezieht. Derzeit hat die Konkurrenz der deutschen Schwerindustrie aufgehört, gegenüber der österreichischen wurde Zollschutz verlangt.

### Die Metallindustrie Polens.

Der Krieg brachte mit sich den völligen Ruin der Metallindustrie in Kongresspolen, das vor dem Kriege 460 Betriebe mit 52 000 Arbeitern und einer Gesamtproduktion von etwa 180 Millionen Goldrubel besaß und für über 14 Millionen Rubel Maschinen und für etwa 50 Millionen andere Metallerezeugnisse nach dem übrigen Rußland exportierte. Jetzt wurden an Metallerezeugnissen aus der Tschechoslowakei, Deutschland und Österreich 3525 To. Gießereierzeugnisse, 2707 To. Eisenerezeugnisse, 6829 To. Draht und Nägel, etwa 4000 To. Schlosserwerkzeuge, Schrauben und Nietnägel und etwa 2800 To. Handwerkzeuge einmündigt.

Noch ist bis jetzt ein großer Teil der Betriebe in Kongresspolen geschlossen und ein anderer Teil nur teilweise in Betrieb. Es fehlen sowohl Maschinen als auch Rohstoffe, Kupfer, Bronze, Koks u. a. Trotzdem ist ein andauernder Aufschwung der Metallindustrie unverkennbar. In dem Vorkriegsstand gemessen, hat die Fabrikation von Landwirtschaffsmaschinen und Geräten 50 Prozent bereits überschritten. Die Produktion der mechanischen Werke im allgemeinen betrug noch Mitte 1920 42 Prozent der Friedensproduktion.

Es ist aber trotzdem sehr zweifelhaft, ob Polen allein genug Wirtschaftskraft besitzt, um seine Metallindustrie wieder auf den alten Stand zu bringen.

### Die amerikanische Ausfuhr von Eisen und Stahl.

Die Ausfuhr von Eisen und Stahl aus den Vereinigten Staaten langte im August d. J. auf einem seit Jahren unerreichten Tiefstand an. Sie betrug nur 75 827 Bruttoverpackttonnen, während sie beispielsweise im August 1914, als bei Ausbruch des Krieges das Ausfuhrverbot fast völlig zum Stillstand kam, noch 86 599 To. betragen hatte. Im September und Oktober d. J. trat eine Besserung ein. Im letzteren Monat wurden im ganzen 106 582 To. an das Ausland abgesetzt, immerhin erheblich mehr als im Monatsdurchschnitt der Vorkriegsjahre 1912 und 1913, der sich auf 250 000 To. stellte. Bei der Oktoberausfuhr d. J. standen Bleche, Röhren und Kesselbleche und Stahl für Bauwerke an erster Stelle. Die Nachfrage nach Drahtnägeln scheint merklich abgeklaut zu sein.

## Aus dem Reich der Technik

### Generatoren

II.

Der Schwerpunkt einer rationalen Gaserzeugung liegt in der Stellung des Kofes, der, wenn die Anlage wirtschaftlich vorteilhaft arbeiten soll, eine einfache dauerhafte Form haben und so beschaffen sein muß, daß er einerseits eine gleichmäßige Verteilung von Wind und Dampf gestattet, andererseits aber die Bildung von Schlammflüssen verhindert, möglichst wenig Dampf zur Schlammerhebung erfordert und die Entschlingung von Kofst und Generator überhaupt fördert. Die Anordnung des Kofstegels auf höherer Ebene und Kerpel verurteilt ein festes Heben und Senken der Brennstoffkühle, wodurch das Baden letzterer mit allen für den Generatorbetrieb schädlichen Wechselwirkungen vermieden wird.

Um die Vergasung möglichst gleichmäßig zu gestalten, und die Kofst beim Beschiden über den ganzen Generatorquerschnitt zu verteilen, hat man der Konstruktion der Fülltrichter ganz besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Die in Abb. 2 gezeigte Ausführung erlaubt nicht nur gleichzeitig die Mitte und den Rand der Brennstoffkühle zu bestreuen, sondern ermöglicht vor allen Dingen die allseitige Beschlingung der zentralen und der äußeren Partien voneinander unabhängig. Die Kohlenhöhe kann somit je nach Bedarf am Rande oder in der Mitte größer gehalten werden. Dieser Fülltrichter verhindert aber besonders bei reinistischen Brennstoffen die ungleichmäßige Beschlingung, die bei großem Schachtquerschnitt der Generatoren und Verwendung gewöhnlicher Fülltrichter durch gleichzeitiges Auftreten von Rand- oder Mittelfeuer bei dazwischenliegender toter Magenhöhe wahrnehmbar ist.

Die motorische Kraft für die Rotation der Schüssel und des Kofes für den Generator rechnet man durchschnittlich mit 0,5 bis 1,5 PS. Voraussetzung hierfür ist naturgemäß eine gute Instandhaltung und Steuerung der Lagerungen sowie der Betriebsmechanismen. Die Transmissionswelle macht 40-50 Umdrehungen in der Minute und kann über oder unter Flur angelegt werden. Die Schüssel macht unter normalen Verhältnissen 10-15 Prozent

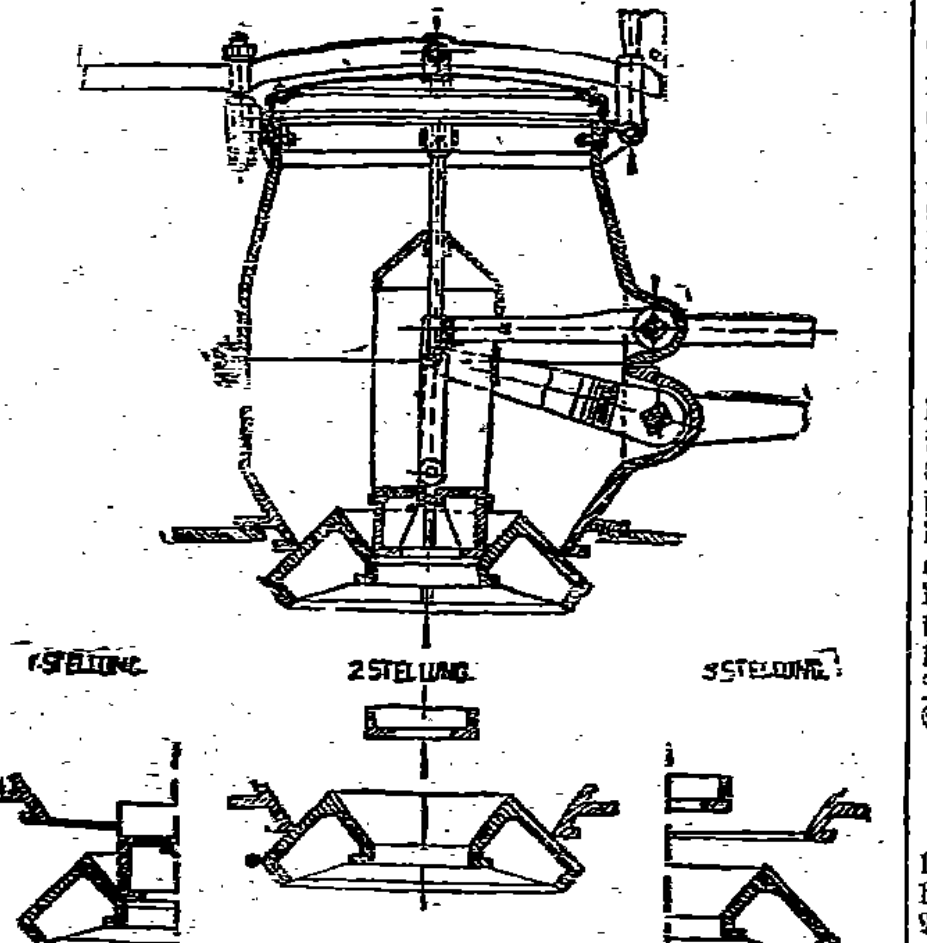


Abb. im Brennstoff eine Umdrehung in 3-5 Stunden, eine handliche Einstellvorrichtung gestattet aber eine Steigerung bis zu einer Umdrehung in der Stunde.

Der Luftverbrauch für die Vergasung ist bei Berechnung des Ventilators mit 5 Kubikmeter für 1 Kilogramm Kohlenstoff einzuziehen. Er beträgt daher bei Braunkohlen 2,5 bis 3 Kubikmeter und bei Steinkohlen etwa 4-5 Kubikmeter für 1 Kilogramm Brennstoff. Der Ventilator muß imstande sein, Wind von 250-300 Millimeter Wasserhöhe zu liefern.

Die zum Betriebe des Generators benötigte Dampfmenge schwankt nach der Natur des Brennstoffes in weiten Grenzen, für 1 Kilogramm Kofst von 0,12 bis 0,25 Kilogramm. Bei sehr gasarmer, aber ascherreicher Kofst ist dieselbe am höchsten, bei fetten, nicht schlackenden Sorten am geringsten. Bei der Vergasung von Kofst ist ebenfalls mit 0,20 bis 0,25 Kilogramm Dampf für 1 Kilogramm vergastem Material zu rechnen. Zweckmäßig ist der Dampf überhitzt zu verwenden, um eine Kondensation im Koftraum zu vermeiden. Gut trockener Dampf ist aber in allen Fällen ausreichend.

### Gehärtete Stücke, die nachgerichtet werden sollen.

Dürfen nicht in der sonst üblichen Weise gehärtet werden. Keinesfalls ist in solchen Fällen ein Abhärten in kaltem Wasser angängig. Die Stücke werden dann zu hart und würden beim späteren Nachrichten springen. Soll Wasser als Kühlmittel trotzdem verwendet werden, dann sind die Teile behutsam Hartung nur mäßig warm zu machen oder entsprechend nachzulassen. Es ist immer das Richtige, wenn derartige Stücke ausschließlich in Öl abgehärtet werden. Die Desföhlung gibt stets eine elastische Härte und gestattet ein nachträgliches Nachrichten ohne die sonst vorhandene Gefahr des Reißens. Je härter ein Arbeitsstück gehärtet ist, um so mehr neigt es zur Sprödigkeit, das sollte niemals vergessen werden.

### Arbeitsständer.

Obwohl ihre Benutzung im Werkstättenbetrieb manche Bequemlichkeit bzw. Erleichterung der auszuführenden Arbeiten mit sich bringt, findet man sie verhältnismäßig wenig im Gebrauch. Die Arbeitsständer sind transportabel, können also überall hingestellt werden. Von Feldarbeitshöhe, zeigt der eiserne Ständer oben am Kopf eine Art Schraubstock, womit die verschiedenartigen Arbeitsstücke, auch runde Röhre, zwecks Bearbeitung sicher eingepannt werden können. Die Schraubstockteile sind abnehmbar und gestatten dann das Aufsetzen einer glatten Arbeitsfläche oder einer Lochscheibe u. dgl., wie es gerade der Arbeitszweck erfordert. Unterhalb des Kopfsteiles ist eine auf- und niederziehbare, zum feststellen eingerichtete Arbeitsplatte vorgegeben, die zum Ablegen von Werkzeugen, kleinen Arbeitsstücken usw. dient. Die Ständer haben sich als ein praktischer Helfer bei der Ausführung aller möglichen Arbeiten sowohl in der Werkstätte als auch auf Montage bewährt.